Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 24. April 1880. Nr. 190.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 23. April.

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Scholz und v. Kusserow.

Tagesordnung:

I. Wahl eines Schriftführers an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Dr. Klugmann.

Auf den Antrag des Abg. v. Kardorff wird der Abg. Dr. Buhl zum Schriftführer für die Dauer der Session erwählt.

II. Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Unterstützung der deutschen Seehandels-Gesellschaft.

Abg. Mosle spricht für die Vorlage. Er sei mehr wie jeder Andere berechtigt über jene Verhältnisse ein Wort mitzusprechen, denn es sei wohl Niemand hier im Hause, der, wie er, die besten Jahre seines Lebens in jenen Breitegraden verlebt hat. Aus den dort gesammelten Erfahrungen heraus könne er behaupten, daß die in der Südsee lebenden Deutschen über diese Vorlage hoch erfreut sein werden. Es sei im hohen Grade erfreulich, daß die Regierung das Gute, das auf Samoa geschaffen worden, in die Hand nehmen und weiter fördern wolle. Man habe es hier nicht mit dem Hause Godeffroy, sondern mit einer Gesellschaft zu thun, die vollständig intakt ist. Aber er spreche an dieser Stelle den Wunsch und die Hoffnung aus, daß es der Ausdauer und dem Fleiße dieses Handelshauses gelingen möge, im Laufe der Jahre seinen Verpflichtungen wieder nachzukommen. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Bamberger und führt dann weiter aus, daß überseeische kaufmännische Geschäfte nicht mit einem Börsengeschäfte verglichen werden könnten Ein überseeisches Geschäft sei ohne Risiko gar nicht durchführbar und oft müßten Jahre vergehen, ehe ein Nutzen eingeheimst werden könne. Aber er könne fest versichern, dem Vaterlande werde aus diesem Unternehmen Nutzen erwachsen. Auf Samoa gediehen sämmtliche Kolonialwaaren und seien diese Inseln groß genug, um uns große Reichthümer zuzuführen. Herr Bamberger sage, England koste seine Kolonialpolitik über 100 Millionen Pfund. Wenn das richtig wäre, glaubt denn der Herr Abgeordnete wirklich, daß England so dumm sein würde, um immer neue überseeische Länder zu annektiren. Der indirekte Nutzen ist es, welcher den direkten Schaden ausgleicht, der aber nicht direkt in die Erscheinung tritt. Die Engländer und Holländer würden nicht, wie Herr Bamberger glaubt, über uns lachen, wenn wir diese Vorlage annehmen, lachen werden sie erst dann, wenn Sie mit Ihren theoretischen Angriffen den Fürsten Bismarck so geärgert haben, daß er sein Amt wirklich niederlegt. Redner hält die Kolonialpolitik als eine Naturnothwendigkeit für Deutschland und bedauert, daß entgegenstehende Einflüsse die Durchführung dieser Politik bisher gehindert haben. Nur so lange werden die mit jenen Staaten geschlossenen Verträge dort gehalten, als unsere Machtmittel stark genug seien, den Gelüsten der übrigen Seestaaten entgegenzutreten. Auch dieser Redner hält es für vortheilhaft, wenn der deutsche Auswanderungsstrom nach den Südseeinseln geleitet würde. Er empfiehlt der Regierung, gegen jene halbwilden Völkerschaften mit größerer Energie als bisher vorzugehen, Zaghaftigkeit sei nicht geeignet, das Ansehen Deutschlands zu erhöhen. Er wolle, schließt Redner, lieber mit dem Herrn Reichskanzler irren, als mit Herrn Bamberger einen doktrinäre Sieg davontragen. (Heiterkeit.)

Abg. Meier (Bremen) erklärt, daß er am liebsten in dieser Sache nicht das Wort ergriffen hätte, weil er mit dem Hause Godeffroy sehr bekannt sei. Nachdem aber ausdrücklich gesagt worden, es handle sich gar nicht mehr um das Haus Godeffroy und er die Gewißheit erlangt habe, daß die ganze Börse Hamburgs seine Ansicht theilt, halte er es für seine Pflicht, gegen die Vorlage das Wort zu nehmen. Er sei im Besitze eines sehr umfassenden Materials, das ihn in den Stand setze, die Sache vielleicht besser als die Regierung beurtheilen zu können. Auch läge es in seinem Berufe, solche Geschäfte beurtheilen zu müssen. Die Gründe, die für die Vorlage angeführt sind, halte er nicht für stichhaltig. Das politische Interesse liege allein darin, daß Samoa für die Schifffahrt eine ganz ausgezeichnete Hafenanlage habe. Das sei auch der Grund, weshalb das Land bisher noch nicht in den Besitz Englands oder Amerikas übergegangen ist, denn sie haben sich bisher noch nicht darüber vereinigen können, daß einer oder der andere sich in den Besitz desselben setzt. Gerade in diesem Umstande beständen die größten Bedenken. Der Werth der Plantagen sei ein rein fiktiver, er lasse sich nicht feststellen. Die Befürchtung, daß die Engländer sofort die Hand darauf legen würden, sobald der Reichstag die Vorlage ablehnen sollte, theile er nicht. Die Engländer hätten mit ihrem Plantagenbesitz bittere Erfahrungen gemacht und mehr als ein Kaufmann befinde sich in London, der daran zu Grunde gegangen ist. Die Engländer würden sich nur in's Fäustchen lachen, wenn der Reichstag auf diese Vorlage eingehen sollte. Das Reich werde nach seiner Meinung 20 Jahre lang 3 Prozent Zinsen bezahlen und am Ende werde das Kapital aufgezehrt sein, ohne daß wir etwas davon haben. Von einem irgendwie realisirbaren Werth werde nicht die Rede sein. Er fürchte deshalb für das Mißlingen des Unternehmens, weil keine Leute da sind, welche die Plantagenkultur verstehen. Redner erklärt sich entschieden gegen jede Staatshülfe für derartige Unternehmungen. Die Nation kräftig zu erhalten, dazu bedürfe es der Staatshülfe nicht, nur durch eigene Kraft werde das Volk erstarken, mit strenger Sparsamkeit werde der deutsche Handel gegen die Engländer und Franzosen auch ohne Staatssubvention konkurriren. Wenn wir, so schließt Redner, die Vorlage ablehnen, so thun wir sowohl der Regierung als auch den Aktionären einen Dienst, allerdings einigen sehr großen Aktionären. Man hat mich gefragt: ja was soll denn aus unseren 15 Prozent werden? Ich habe geantwortet, schreiben Sie diese ab und freuen Sie sich, daß Sie so billig davon gekommen sind. (Große Heiterkeit.) Man sagt zwar, die Herren Bankiers, welche die Gesellschaft gebildet, sind doch gute Sachverständige. Ja wohl, das sind sie, aber nur insoweit es sich um die Unterbringung der Aktien handelt. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, lehnen Sie die Vorlage ab.

Bundeskommissar Geh. Leg.-Rath v. Kusserow wendet sich zunächst gegen die Ausführung des Vorredners. Den Behauptungen desselben ständen die Ansichten kaufmännischer Autoritäten gegenüber, auf welche die Regierung sich thatsächlich gestützt habe. Dieselbe müsse es durchaus verneinen, daß man der Regierung einen Dienst erweise, wenn der Reichstag diese Vorlage ablehne; sie würde sie sonst nicht eingebracht haben. Der geheime Agent, auf welchen sich der Abg. Meier berufen habe, könne unmöglich über die Verhältnisse auf Samoa genau unterrichtet sein, denn dessen Behauptungen stände das Zeugniß Hunderter gegenüber, welche in dem Unternehmen einen Aufschwung unseres Handels in jenen Gewässern erblickten. Die Bedeutung Tonga's und Samoa's für den deutschen Handel würde von allen Seiten anerkannt. Redner sucht sodann näher darzulegen, daß die Unterstützung dieses Unternehmens seitens des Reichs der Gesammtheit der deutschen Nation zu Gute kommen müsse. Zu der politischen Seite der Frage übergehend, führt er dann weiter aus, daß die Regierung bemüht gewesen sei, in denjenigen Gebieten der Erde, welche sich nicht unter der Botmäßigkeit anderer Staaten befinden, dem deutschen Handel die Gleichstellung mit den übrigen Staaten zu sichern. Wolle das Reich nicht selbst Kolonialpolitik treiben, dann habe es die Verpflichtung, zu verhüten, daß auch in diesen fernen Ländern Andere ernten, wo Deutsche gesäet haben. Es handele sich bei dieser Vorlage nicht um eine vereinzelte Aktion, die unter allen Umständen unterbleiben könnte, sondern um eine Aktion in nothwendiger Konsequenz einer seit den 70er Jahren verfolgten bewußten Politik. Der Erfolg dieser Bemühungen werde in Frage gestellt werden, wenn der Reichstag durch Ablehnung dieser Vorlage der Regierung in den Arm fallen sollte. Er bitte die Vorlage mit Wohlwollen zu prüfen.

Abg. Staudy erklärt, daß die Vorlage ihn insofern unsympathisch berührt habe, als es sich hier um ein bankerottirtes Unternehmen handelt. Aber die Vorlage sei doch lediglich eine Konsequenz derjenigen Politik, welche die Regierung seit zehn Jahren verfolgt und der Reichstag unterstützt habe. Man müsse daran festhalten, daß die deutsche Flagge die herrschende in Centralpolynesien bleibe. Würde der Reichstag diese Vorlage ablehnen, so würde er einen schweren politischen Fehler begehen; die Deutschen in Australien und Polynesien würden es nicht verstehen, und der Eindruck würde der sein, daß das Reich nicht mehr die Energie besitze, ihre Interessen zu verfolgen. Redner beantragt kommissarische Berathung der Vorlage.

Abg. Dr. Bamberger weist zunächst den Vorwurf zurück, daß er in seiner gestrigen Rede, wie der Reg.-Kommissar behauptet, unsere Marineoffiziere verunglimpft habe. Wenn wir zimperlich geworden sind, daß wir die Motive und die Beweisstücke der Regierung nicht mehr diskutiren dürfen, dann thun wir besser, die Bude zu schließen, wie einmal der Abg. Windthorst sehr richtig bemerkte. Man mag übrigens sagen, was man will, so behaupte ich dennoch, daß die jetzige Handelsgesellschaft nach wie vor mit dem Hause Godeffroy identifizirt wird. Die Ziffern über unsern Export nach Australien, die uns der Reg.-Komm. vorgeführt, haben doch keine Bedeutung für unsere Handelsbeziehungen zu Samoa; das würde doch nur der Fall sein, wenn wir Australien annektiren wollten. (Heiterkeit.) Dem Herrn Mosle erwidere ich, daß ich weder dem Herrn Reichskanzler den Vorwurf gemacht, sich mit einer bankerotten Handelsgesellschaft eingelassen zu haben, noch das Haus Godeffroy schlecht gemacht habe. Das Banquierkonsortium, das diese Aktien übernommen, habe dies nur unter einem moralischen Zwange gethan; es hat daran keine Freude gehabt. Es ist nämlich dasselbe Konsortium, welchem die anderen guten Geschäfte übertragen worden. Das gegen mich von Herrn Mosle angeführte Zeugniß eines Mannes der Wissenschaft ist werthlos; solche wissenschaftliche Exkursionen können für unsere Politik nicht maßgebend sein. Für mich ist entscheidend, daß es nicht rathsam ist, eine Handelsgesellschaft auf eine so problematische Zukunft zu gründen, wie es hier geschehen soll. Redner verweist auf das Schicksal der Südseegesellschaft, die zu Grunde gegangen sei und verbleibt dabei, daß es sich nicht empfehle, die Vorlage kommissarisch vorzuberathen.

Unterstaatssekretär Scholz betont noch einmal ausdrücklich, daß die Regierung das Haus Godeffroy nicht unterstütze. Es handele sich nicht um eine Rekonstruktion der alten Handelsgesellschaft — mit dieser solle ferner keine Gemeinschaft bestehen — sondern um eine neue, lediglich auf sich selbst angewiesene, aus der Initiative der Regierung hervorgegangene Gesellschaft. Die Dinge, die gekauft werden, sollten die Unterlage des Geschäftes bilden. Der Erwerb erfolge nicht nach dem Buchwerthe, sondern lediglich nach der Preisbestimmung, die unter Mitwirkung der Reichsregierung festgestellt wird. Redner bittet mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit, in welcher die Vorlage zum Abschluß gelangen muß, von jeder kommissarischen Berathung abzusehen.

Abg. v. Benda: Für uns ist die Frage, die hier vorliegt, nicht so sehr eine Frage der Wirthschaftspolitik, als vielmehr eine Frage der auswärtigen Politik. Das ist für uns der wesentliche Grund, weshalb wir uns entschlossen haben, für die Vorlage zu stimmen.

Die Diskussion wird geschlossen, die kommissarische Berathung abgelehnt.

Dann vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Gesetz wegen Abänderung des Münzgesetzes und Gesetz über das Faustpfandrecht an Eisenbahnen.

Schluß 3¾ Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 23. April. Der Bundesrath trat heute Mittag im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann zu einer Plenarsitzung zusammen, um mehrere weniger wichtige Vorlagen der Tagesordnung von gestern, die wegen vorgerückter Zeit nicht zur Erledigung gelangten, zum Abschluß zu bringen.

Dem Bundesrath ist nunmehr der Antrag Preußens betreffend die Einverleibung der Stadt Altona und eines Theils der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet übergeben worden. Der Antrag konstatirt, daß in geschäftlicher Beziehung für Hamburg ein steter Fortschritt, dagegen für Altona ein Rückschritt bemerkbar ist. Es könne daher die preußische Regierung sich nicht der Verpflichtung entziehen, den Einschluß Altonas in das Zollgebiet ernstlich ins Auge zu fassen. Es sei zu hoffen, daß dadurch nicht blos der in Verbindung mit dem Zollinlande frei gewordene Handel dieser Stadt neue und auf den direkten Verkehr mit dem gesammten deutschen Hinterlande sichere Grundlagen gewinnen würde, sondern auch, daß die gewerbliche Thätigkeit dieser Stadt einen neuen Aufschwung erlangen und, befreit von der übermächtigen Konkurrenz Hamburgs, zu einer selbstständigen Entwickelung werde kommen können. Der Ausführung einer solchen Maßregel ständen indessen bei den örtlichen Verhältnissen erhebliche zolltechnische Schwierigkeiten entgegen. Die Grenze zwischen Altona und der hamburgischen Vorstadt St. Pauli sei für Errichtung einer Zollgrenze sehr ungeeignet; dagegen würde sich eine weit bessere Grenze gewinnen lassen, wenn zugleich mit Altona ein Theil St. Pauli's dem Zollgebiete angeschlossen würde, und zwar der Theil von der Elbe bis zum Bahnhofe Schulterblatt. Daß der Einschluß Altonas in das Zollgebiet von der Zustimmung Hamburgs nicht abhängig sein könne, bedürfe keiner näheren Darlegung. Dem Bundesrath werde aber auch die Befugniß nicht bestritten werden können, den Anschluß des betreffenden Theils von St. Pauli selbst ohne Zustimmung Hamburgs zu beschließen. Nach Artikel 34 der Reichsverfassung bleiben die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen. Die Frage, wer darüber zu entscheiden hat, in welchem Umfange eine Ausschließung des städtischen Gebiets aus der Zollgrenze erforderlich ist, um dem Zweck der Freihafenstellung zu entsprechen, wird beim Mangel einer bezüglichen Anordnung im Artikel 34 nach den allgemeinen Vorschriften der Reichsverfassung zu beantworten sein. Der Artikel 7 der Verfassung weist der Entscheidung des Bundesraths unter Nr. 2 zu: „Die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungs-Vorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist.“ Zu den Reichsgesetzen in diesem Sinne gehöre auch die Reichsverfassung, zu den zur Ausführung derselben erforderlichen Einrichtungen auch die Verlegung der Zollgrenze innerhalb des Bundesgebiets in den durch Artikel 33, Absatz 1, und Artikel 34 gezogenen Schranken. Dem Bundesrath kam also die Entscheidung über die Aufnahme eines Theils von St. Pauli in die Zollgrenze zu. Daß aber zum Zwecke der Freihafenstellung Hamburgs der Ausschluß der ganzen Vorstadt von der Zollgrenze nothwendig sei, könne nicht behauptet werden. Auch könne die Reichsverfassung nicht beabsichtigt haben, eine große preußische Stadt zum Verfall zu verurtheilen, weil ihre Lage der Stadt Hamburg gegenüber Veranlassung gebe, von der Freihafenstellung der letzteren und deren Freihandels-Interessen absorbirt zu werden. Es werde daher beantragt, der Bundesrath wolle beschließen, daß, vorbehaltlich der näheren Modalitäten der Ausführung, die Stadt Altona und der vorstehend näher bezeichnete Theil St. Paulis in das Zollgebiet einzuschließen seien.

Dem Bundesrathe ist ferner ein Antrag Hamburgs vorgelegt worden, durch ein Gesetz festzustellen, daß die in der revidirten Verfassung Hamburgs vom 13. Oktober 1879 bezeichneten Streitfragen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft, welche nach der hamburgischen Verfassung von 1860 vom Ober-Appellationsgericht zu Lübeck zu entscheiden waren, nachdem dieses mit dem Inslebentreten der Reichsjustizgesetze aufgehoben worden, durch das Reichsgericht entschieden werden.

Ausland.

Paris, 23. April. Die gestrige Kammersitzung bildet den Gegenstand aller Unterhaltungen. Vielfach herrscht die Ansicht vor, daß sowohl Gambetta als auch die republikanische Majorität allzu scharf gegen die Minorität verfahren seien. Der Interpellant Godelle, früher General-Advokat am Kassationshofe, hat die „Ehre“, der einzige konservative Deputirte von Paris zu sein. Derselbe ist ein energischer, aber gewandter Redner und keineswegs ein hohler Schreier, wie gewisse andere bonapartistische Deputirte. Seine Kritik der Regierungsweise des aller Welt antipathischen Gouverneurs Albert Grevy überstieg keineswegs die Grenzen des Erlaubten, erst die von einer Suffisance sondergleichen zeugende Antwort Albert Grevy's ließ ihn

die gebotene Mäßigkeit vergessen, so daß er sich zu der Phrase verstieg: die parlamentarische Untersuchung sei jedenfalls deshalb nothwendig, weil noch ein injuriöser Verdacht auf der Stirn des Bruders des Präsidenten der Republik hafte. Darauf erklärte Gambetta, diese Aeußerung enthalte eine doppelte Beschimpfung, zuvörderst des Herrn Albert Grevy, der darauf zu antworten wissen werde und des Präsidenten der Republik, weswegen der Artikel des Reglements zur Anwendung kommen müsse, der jede den Staatschef beschimpfende Aeußerung mit temporärer Ausschließung bestrafe. Godelle erklärte darauf, es sei ihm nicht in den Sinn gekommen, den Präsidenten der Republik zu beleidigen, für den er den tiefsten Respekt hege, er habe nur sagen wollen, gerade weil der Gouverneur der Bruder des Präsidenten sei, es als durchaus nothwendig erachtet werden müsse, daß kein Zweifel hinsichtlich der Ehrenhaftigkeit des Ersteren übrig bleibe.

Trotz dieser Erklärung beharrte Gambetta bei seinem Vorschlage, der sodann unter ungeheurem Lärmen von der gesammten Linken votirt wurde. Darauf fanden die heftigsten Szenen statt. Die gesammte Rechte machte Miene, den Saal zu verlassen, worauf Gambetta drohte, Diejenigen, welche das Signal zu einer gemeinschaftlichen Abstention geben würden, ebenfalls ausschließen zu lassen. Ueber Baudry d'Asson und Cuneo d'Ornano wurde die Zensur verhängt, und Gambetta erhitzte sich dermaßen, daß er vollständig die zum Vorsitz nöthige Ruhe verlor.

Durch die Abstimmung über die von Spuller eingebrachte motivirte Tagesordnung, worin sich die Kammer durch die Erklärungen des Civilgeneralgouverneurs von Algerien befriedigt bezeichnete, kam diese skandalöse Szene zum Abschlusse. Die Linke votirte allein, da sich die gesammte Rechte der Abstimmung enthielt. Das Benehmen Gambetta's findet nur darin seine Erklärung, daß derselbe, gerade weil die Person des Präsidenten der Republik im Spiele war, rücksichtslos die Ausschreitungen der Rechten zurückweisen wollte, da er befürchtete, sich sonst gewissen Verdächtigungen auszusetzen. Die Fraktionen der Rechten wollen Mittags über das von ihnen zu beobachtende Verfahren berathen.

Provinzielles.

Stettin, 24. April. Gestern Abend fand, wie die „Ostsee-Zeitung" mittheilt, in der Aula des Stadtgymnasiums eine von den Herren Gymnasialdirektoren Kern und Weicker berufene zahlreich besuchte Zusammenkunft statt, in welcher jene Herren über die für die Philologen-Versammlung, welche vom Sonntag, den 26., bis Donnerstag, den 30. September d. J., hier tagen wird, in Aussicht genommene Arrangements Mittheilung machten, um dafür auch in weiteren Kreisen schon jetzt Interesse zu erwecken. Betreffs des festlichen Theiles dieser Arrangements ist vorläufig Folgendes zu erwähnen: Montag findet Diner statt in der Turnhalle, Abends vielleicht Konzert auf dem Bock; Dienstag Oderfahrt, Abends Kommers in der Turnhalle; Mittwoch Rezitation von Türschmann in der Aula des Marienstifts-Gymnasiums, Abends Ball in der Abendhalle. — Zu der weiteren Vorbereitung werden nun zunächst verschiedene Komitees gebildet werden.

— Die Prüfung derjenigen Präparanden, welche ihre Aufnahme in das Schullehrer-Seminar zu Pyritz zu einem dreijährigen Lehrkursus wünschen, wird am 17. und 18. August d. J. abgehalten werden.

— Der Landgerichts-Präsident Frantz in Greifswald ist zum 1. Juli d. J. in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Halle a. d. S. versetzt.

— Die heutige Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde mit einer Anklage gegen den Maurer- und Zimmermeister D. in Alt-Damm eröffnet. Derselbe war angeklagt, durch eine im Juli v. J. an die Kgl. Kreisgerichts-Direktion zu Stettin gerichtete Beschwerde den Kreisrichter L. beleidigt zu haben. Da der Angeklagte bei der heutigen Verhandlung einen Schein vorzeigte, nach welchem der Beleidigte den Strafantrag zurücknahm, wurde das Verfahren eingestellt und der Kreisrichter L. zur Zahlung der Kosten verurtheilt.

Am 16. August v. J. waren der Bauersohn Wilh. Jahnke und der Arbeiter Aug. Ludwig Werth aus Plöwen auf einer Wiese bei Plöwen mit dem Aufharken von Heu beschäftigt und geriethen dabei mit einander in Streit; Werth ergriff den Heutrageknüttel und schlug damit auf Jahnke ein, bis dieser niedersank. Durch die Schläge hatte Jahnke solche Verletzungen davon getragen, daß sein Arm dauernd gelähmt ist. Werth hatte sich deshalb nun wegen Mißhandlung zu verantworten und wurde zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die nächste Verhandlung gegen den Knecht Wilh. Metzke aus Greifenhagen, der beschuldigt wird, sich am 30. November v. J. an einer größeren Prügelei vor dem Müller'schen Lokal in Greifenhagen betheiligt zu haben, bei welcher ein Knecht Lehmann nicht unerheblich verletzt wurde, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 2 Monaten Gefängniß.

— Einer Wittwe Witt wurde gestern aus ihrer Wohnung Lindenstraße 14 eine goldene Uhr und Kette nebst Medaillon im Werthe von 150 M. gestohlen.

— Als gestern Abend eine junge Dame das Trottoir am Paradeplatz überschreiten wollte, fiel dieselbe so unglücklich, daß sie mittelst Droschke nach ihrer Wohnung geschafft werden mußte.

— Aus dem Speicher der Herren Landshoff und Hessel (in Sucrow's Speicher) wurde am 22. d. Mts. eine größere Quantität Weizen gestohlen. Die Diebe hatten sich in die unteren Räume eingeschlichen und sodann in die Decke mittelst eines Centrumbohrers mehrere Löcher gebohrt, durch welche das Getreide nach unten lief.

— Vorgestern Abend kehrte in einem Gasthofe der Baumstraße ein Handlungsgehülfe Lenz aus Belgard ein, dort gesellte sich ein anderer junger Mann zu ihm, der sich gleichfalls als Handlungsreisender ausgab und seinem Kollegen eine goldene Chronometeruhr gegen eine silberne Uhr zum Tausch anbot. Lenz ging darauf ein, gab dem Kollegen seine silberne Uhr und 11 M. baar Geld, worauf dieser verschwand. Später mußte Lenz einsehen, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen, denn die angeblich goldene Uhr war vollständig werthlos.

— Verschiedene Handwerker können bei ihren Arbeiten ruhig ein Pfeifchen oder eine Cigarre schmauchen, ohne daß die Arbeit zu Schaden kommt; zu diesen Glücklichen gehören jedoch nicht die Bäcker. Dieselben müssen daher ihre Mußestunden benutzen, um sich den Genuß einer Cigarre zu gönnen; sie scheinen dies auch in vollem Maaße zu thun und so an der Cigarre zu hängen, daß sie dieselbe selbst an verbotenen Plätzen nicht bei Seite legen. Erst kürzlich wurde ein Bäckermeister von außerhalb zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er im Sitzungssaal des Landgerichts mit brennender Cigarre erschien und heute wurde wegen desselben Vergehens ein Bäckergeselle Battchen mit 10 Mark eventuell 1 Tag Haft bestraft. Da derselbe nicht im Stande war, die Geldstrafe zu erlegen, wurde er zur sofortigen Verbüßung der Haftstrafe abgeführt.

— Der Post-Dampfer „Titania" ist mit 30 Passagieren am vergangenen Donnerstag von Kopenhagen in Stettin eingetroffen und am Sonnabend, den 24. April, mit 22 Passagieren nach Kopenhagen wieder abgelassen.

Loitz, 22. April. Am Mittwoch hielt der hiesige Bienenzuchtverein seine erste diesjährige Versammlung im Schützenhause ab. Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in welcher er unter Hinweis auf die geringen Erfolge der Bienenzucht im vergangenen Jahre die Hoffnung auf bessere Resultate für dieses Jahr hegte.

Nach den von den Mitgliedern gemachten Mittheilungen wurden im Vereinsbezirk im vorigen Jahre 293 Bienenvölker eingewintert. Es gingen davon verloren 43, also fast 15 Prozent. Bei einigen Mitgliedern betrug der Verlust die Hälfte der Völker; andere hatten gar keine verloren. Meist waren die kleinen Bienenstände am härtesten betroffen; nur in einem Falle hatte ein langjähriger erfahrener größerer Imker über die Hälfte seiner Völker verschmerzen müssen. Die Ursachen der Verluste wurden in der Besprechung verschieden angegeben. In den meisten Fällen war es Weisellosigkeit, manche Völker waren an Steinhonig zu Grunde gegangen und ein gut Theil an Futtermangel.

Im Weiteren wurde über die Anschaffung und Verwendung der künstlichen Waben verhandelt. In der nächsten Versammlung, welche am 19. Mai abgehalten werden soll, wird das Mitglied Freuk das Einkleben der künstlichen Wabenanfänge und Mittelwände vormachen. Der reich versorgte Fragekasten bot noch vielfachen Stoff zu gegenseitigem Austausch.

♂ **Wolgast**, 23. April. Der hiesige Bienenzuchtverein wird seine nächste Versammlung am Mittwoch, den 28. April, Nachmittags 2½ Uhr, auf dem hiesigen Bahnhofe halten. Außer dem Bericht über die letzte Ueberwinterung der Bienen kommen zur Berathung: 1) Wie sind schwach durch den Winter gekommene Völker zu stärken, daß sie die Haupttracht gut ausnutzen können? 2) Welche Vorbereitungen empfehlen sich für die vom 24. bis 26. August d. Js. in Anklam stattfindende bienenwirthschaftliche Ausstellung des baltischen Centralvereins? 3) Welchen Vortheil gewährt die Benutzung guter Kunstwaben? Außerdem werden Mittheilungen aus dem Jahresbericht des baltischen Centralvereins für Bienenzucht über das Jahr 1879 und Vorschläge über Berathungs-Gegenstände für die mit der Ausstellung verbundene General-Versammlung des Centralvereins gemacht werden. Alle Freunde der Bienenzucht, namentlich auch die Mitglieder der benachbarten Vereine werden zu der Versammlung eingeladen.

†* **Aus Neuvorpommern**, 23. April. Seit 1878 hat sich auf verschiedenen Bienenständen im Bereiche des baltischen Centralvereins die Faulbrut der Bienen gezeigt. Zwei Vereine des Kreises Franzburg reichten bei dem Kreisausschuß eine Petition um Erlaß einer Polizei-Verordnung zur Bekämpfung der Faulbrut ein. Derselbe versagte seine Zustimmung, weil darin ein Eingriff in das Privateigenthum erblickt wurde, brachte aber die Einholung von sachverständigen Gutachten in Anregung, die sich einstimmig über die Gefährlichkeit der Krankheit, über die Verbreitung derselben durch Ansteckung und über die Nothwendigkeit eines energischen Einschreitens gegen dieselbe aussprachen. Das königliche Landrathsamt zu Franzburg richtete daher an den Herrn Ober-Präsidenten die Bitte, eine Polizei-Verordnung gegen die Faulbrut der Bienen für den Umfang der Provinz Pommern zu erlassen, in Folge dessen der Gesammtvorstand des Baltischen Central-Vereins für Landwirthschaft um eine Aeußerung über den Antrag aufgefordert wurde.

Der Referent bezweifelte, ob man es mit der bösartigen Faulbrut zu thun habe. Wenn es nicht in Abrede zu stellen sei, daß diese Krankheit durch Ansteckung leicht verbreitet werde, so könne er sich doch nicht für eine Polizei-Verordnung gegen dieselbe für den Umfang der ganzen Provinz aussprechen, wenn in einzelnen Kreisen die Faulbrut aufgetreten sei, er halte es auch für zweifelhaft, ob die Revisoren die Vernichtung der erkrankten Bienenvölker gegen den Willen der Eigenthümer anordnen dürften, weil dies ein Eingriff in das Eigenthumsrecht und dieser ohne Erlaß eines Gesetzes nicht zulässig sei. Auch sei die Krankheit noch nicht genügend erforscht, um bestimmen zu können, ob die davon ergriffenen Bienenvölker durch die bereits mit günstigem Erfolge dagegen angewandten Mittel wieder von derselben befreit oder als von der bösartigen Faulbrut ergriffen der Vernichtung anheim gegeben werden müßten. Er schlage daher nachstehende Resolution vor:

„Der Gesammtvorstand des Baltischen Central-Vereins für Landwirthschaft erklärt, daß er noch nicht genügend über die Krankheit orientirt sei, es aber nicht für angemessen halte, eine Polizei-Verordnung für den Umfang der ganzen Provinz zu erlassen, wenn in einzelnen Kreisen dieselbe aufgetreten sei."

Dieser Antrag wurde mit dem Zusatze angenommen, „den Herrn Ober-Präsidenten zu ersuchen, über die Faulbrut der Bienen in den Kreisblättern Belehrung zu erlassen und dadurch die Besitzer auf die Erkennung der Krankheit und deren Heilung durch geeignete Mittel aufmerksam zu machen."

Es ist zu bedauern, daß der Antrag in seiner ursprünglichen Gestalt, daß durch eine Polizei-Verordnung für den Umfang der Provinz die energische Bekämpfung der verheerenden Krankheit ermöglicht werde, nicht durchgegangen ist. Was hilft die Erkenntniß der Krankheit und der Heilungsversuch, wenn dieselbe auf benachbarten Ständen ungestört weiter geduldet wird und damit eine Möglichkeit für neue Ansteckung bleibt? Es sind schon größere Bienenstände gänzlich ruinirt und manche intelligente Bienenzüchter kämpfen vergebens gegen die Faulbrut, weil ihre Nachbarn nichts dagegen thun oder thun wollen. Es hat der letzte Winter viel Verluste an Bienenvölkern gebracht. Wenn dazu die Verbreitung der Faulbrut nicht gehindert werden kann, so ist in manchen Gegenden, wo die Krankheit seit längerer Zeit sich zeigt, ein Ruin der Bienenzucht zu befürchten. Der Vorstand des neu gebildeten deutschen Hauptvereins, der alle deutschen Central- und Kreisvereine zu einem großen Vereine zusammenschließen will, hat daher Versuche gemacht, durch eine Petition im Namen von mehr als 30,000 deutschen Bienenwirthen bei dem deutschen Reichstage die Aufnahme der Bienen in das zur Berathung vorliegende Gesetz zum Schutze gegen Viehseuchen zu erreichen. Möchte doch diese Petition Erfolg haben! Nicht nur in Pommern, sondern auch in manchen anderen Gegenden des deutschen Reiches hat die Bienenzucht schwere Schädigung durch die herrschende Faulbrut erlitten.

Literarisches.

Unser Jahrhundert. Ein Gesammtbild der wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Geschichte, Kunst, Wissenschaft und Industrie der Neuzeit. Von Otto v. Leixner. Mit zahlreichen Illustrationen. 50 Lieferungen à 50 Pfg.

Die Zeit vom letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts bis auf unsere Tage gehört zu den reichsten der gesammten Geschichte. Seit dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege und der französischen Revolution drängen sich tiefeingreifende Ereignisse auf allen Gebieten. Napoleon, sein Weltreich und sein Sturz, die Freiheitskriege, das Zeitalter der Revolutionen, die Kämpfe in Amerika, die für uns und Europa unvergeßliche Zeit von 1870/71. Im innigen Zusammenhange mit dem geschichtlichen Werdegang stehen die Bewegungen auf sozialem Gebiete von den früheren kommunistischen Träumereien bis zur Sozialdemokratie und dem Nihilismus. Daneben hat die Wissenschaft, besonders die der Natur, an Tiefe und Umfang gewaltige Fortschritte gemacht, — eine kaum übersehbare Menge von Errungenschaften in allen Ländern bezeichnet den rastlosen Forschergeist, welcher den Zusammenhang der Naturkräfte zu erfassen sucht. Was die Gelehrten erdacht, wurde von der Technik, deren riesiger Aufschwung, von England ausgehend, ein bezeichnendes Merkmal unserer Zeit ist, auf das praktische Leben übertragen. Die Verwendung der Naturkräfte im Dienste der Menschheit hat die Physiognomie unseres Erdballs wie die gegenseitigen Beziehungen der Völker umgestaltet. Wie auf allen diesen Gebieten, so ist auch in Kunst und Dichtung ein neuer Geist lebendig geworden und hat im Laufe des Jahrhunderts mannigfache Wandlungen durchgemacht.

Gegenüber der Fülle von Einzelnerscheinungen macht sich das Bedürfniß nach einer Darstellung der Zeit geltend, welche in klarer, für alle Kreise zugänglicher Form einen Gesammtblick über unser Jahrhundert gewährt, welche die politische und soziale Geschichte, die bedeutendsten Männer und ihre Thaten, die Poesie, Kunst und Wissenschaft, die Hauptermngenschaften der Technik, die Entwicklung des Zeitungswesens 2c. in zusammenhängender Erzählung vorträgt. Gelehrte Kulturgeschichten sind vorhanden, aber ein für die weitesten Kreise bestimmtes Werk dieser Art fehlt nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande vollständig.

Der Verleger hat sich durch die bei ihm erschienenen trefflichen Werke schon einen guten Namen gemacht, so daß mit Sicherheit auf ein brauchbares und gut illustrirtes Werk gerechnet werden darf. Das erste Heft enthält bereits sehr interessante und gut ausgeführte Illustrationen. [56]

Viehmarkt.

Berlin, 23. April. Es standen zum Verkauf: 213 Rinder, 441 Schweine, 641 Kälber, 449 Hammel.

Der heutige Markt hatte nur für Kälber einige Bedeutung, die in so geringer Anzahl zugetrieben waren, daß sich für beste Qualität leicht 60, für Durchschnittswaare 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht erzielen ließ.

Rinder und Hammel wurden nur in einzelnen Stücken sehr verschiedener Beschaffenheit vom Markt genommen, so daß sich hier ein maßgebender Preis nicht feststellen läßt.

Auch Schweine wurden nur in sehr wenigen Stücken geringerer und mittlerer Qualität begehrt, deren Preis zwischen 47 bis 50 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent variirte.

Telegraphische Depeschen.

Fraustadt, 23. April. Nach amtlicher Feststellung wurden bei der hier stattgehabten anderweiten Wahl eines Reichstags-Abgeordneten im Ganzen 9063 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten Unterstaatssekretär von Puttkamer in Straßburg 4720, dessen Gegenkandidat Ch. J. Cremer in Berlin (Centrum) 4331; der erstere ist sonach wiedergewählt.

Wien, 23. April. Die Regierung hat heute im Abgeordnetenhause die Vorlage wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Wehrgesetzes, sowie die Landsturmvorlage eingebracht.

Wien, 23. April. Gestern wollten die Montenegriner ihr neues Gebiet okkupiren, wurden aber von den Albanesen mit heftigem Gewehrfeuer empfangen. Die gegen Tuzli im Vorrücken begriffen gewesenen Montenegriner mußten den Rückzug antreten. Die Albanesen hatten eine starke Uebermacht, es waren angeblich viele Tausende. Die Montenegriner raffen alle Truppen zusammen behufs Erneuerung des Versuchs der Besitzergreifung. Die Montenegriner behaupten, die türkischen Kommandanten hätten wieder Doppelspiel getrieben. Jedenfalls ist Blutvergießen erwartbar.

Pest, 23. April. Nach einer Mittheilung des „Pester Lloyd" hat sich Ordody zur Uebernahme des Postens als Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen bereit erklärt. Der diesbezügliche Vorschlag des Minister-Präsidenten Tisza wird dem Kaiser in den allernächsten Tagen unterbreitet werden.

Haag, 23. April. Die zweite Kammer hat das Gesetz über die Abänderung der Zuckersteuer mit 54 gegen 12 Stimmen genehmigt. Durch dasselbe wird u. A. bestimmt, daß zur Verhütung von Mißbräuchen in solchen Fällen, wo die Farbe des Zuckers zu Zweifeln Veranlassung giebt, eine Prüfung der Beschaffenheit des Zuckers nach einer noch näher zu bestimmenden Methode eintreten soll.

London, 23. April. Lord Hartington und Lord Granville haben sich heute Mittag nach Windsor begeben, um mit der Königin zu konferiren. Gerüchtsweise verlautet, die Königin werde Granville auffordern, die Bildung des neuen Kabinets zu übernehmen; das Gerücht bedarf indeß der Bestätigung.

London, 23. April. Lord Granville und Lord Hartington begaben sich unmittelbar nach ihrer Rückkehr von Windsor zu Gladstone, mit welchem sie zur Zeit noch konferiren. Wie es heißt, würde Gladstone noch heute Abend von der Königin in einer Audienz empfangen werden.

London, 23. April. Ein Telegramm der „Times" aus Kabul vom heutigen Tage meldet:

Die Avantgarde der unter dem General Stewart stehenden Division ist am 20. d. Mts. in Ghuzni eingerückt. An demselben Tage unternahm eine afghanische Abtheilung von verschiedenen Stämmen in der Stärke von 15,000 Mann einen Angriff auf General Stewart, wurde aber mit Verlust von etwa 1000 Todten zerstreut. Der Verlust der englischen Truppen betrug 17 Todte und 115 Verwundete.

London, 23. April. Hartington fährt heute Mittag wieder nach Windsor, Granville fährt mit ihm. Daraus, sowie aus dem, was über seine gestern Abend mit Granville und Gladstone gepflogenen Berathungen gerüchtsweise in die Oeffentlichkeit drang, wird allgemein geschlossen, daß er die Kabinetsbildung ablehnte und diese schließlich Gladstone anvertraut werden wird. Hätte Hartington die Kabinetsbildung übernommen, so brauchte er heute nicht wieder nach Windsor zu fahren, sondern hätte sofort sich mit denen benommen, welchen er einen Kabinetsposten anbieten würde. Letzteres geschah nicht. Die Premierschaft wird jetzt selbst von der Whig- und der Torypresse als der Lage am meisten entsprechend empfohlen, da er als verantwortlicher Minister maßvoller sein würde. Der bisherige Sprecher des Unterhauses wird seinen Posten wahrscheinlich beibehalten.

Lord Dufferin wird als muthmaßlicher Nachfolger Lord Lytton's bezeichnet.

Der Graf Münster siedelt nächste Woche von Brighton nach London über.

Paris, 23. April. Deputirtenkammer. Der Deputirte Paul Bert (radikal) beantragt, die Verpflichtung zur Leistung eines mindestens einjährigen aktiven Militärdienstes auf künftige Religionsdiener und Lehrer auszudehnen. Der Antrag wird von mehreren Seiten bekämpft, weil er den Bestimmungen des Konkordates zuwiderlaufe. Die Kammer beschloß indeß die Dringlichkeit und verwies den Antrag an eine besondere Kommission.

Im Fortgang der Sitzung wurde die Tarif-Berathung fortgesetzt und ein Antrag auf Zollfreiheit von Steinkohlen mit 260 gegen 165 Stimmen abgelehnt.